

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 14

Artikel: Perestrojka und Prüfsteine
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094027>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Moskau ist die Perestrojka, die Umgestaltung, sowohl auf Parteiebene als auch auf Staatsebene bestätigt worden. Nicht mit Grosstaten, aber doch. Das bedeutet im keineswegs selbstverständlichen Minimum, dass die Gegner keine Umkehr einzuleiten vermochten. Die stillen Bremser haben sich (noch?) nicht zu einer verschworenen Gemeinschaft gefunden.

Perestrojka und Prüfsteine

Bei seinem Besuch in der Tschechoslowakei vom Frühling dieses Jahres hatte Gorbatschow, als er das Wesen der Perestrojka erläuterte, ausnahmsweise eine stilistische Anleihe bei Chruschtschow gemacht, indem er sich bildlich ausdrückte. Er verglich den Sozialismus mit einem Haus, dessen Fundament von dauerhafter Güte sei. Genügende Festigkeit hätten ebenfalls die Mauern. Demgegenüber aber sei die gesamte Inneneinrichtung mit der Zeit so schadhaf geworden, dass sie sich durch blosses Flickwerk nicht retten lasse. Hier brauche es eben einen Umbau (wörtliche Übersetzung von Perestrojka).

Das Bild diene Gorbatschow dazu, einerseits der Flüsterthese zu widersprechen, wonach er an den Grundlagen des Sozialismus rüttle, und andererseits darzutun, dass in funktionellen Be-

langen eine Generalüberholung unabdingbar sei. Vor allem aber eignet sich das Bild unbeschadet seiner genauen Bedeutungsinhalte dazu, die Gesamtproportionen der Perestrojka in der Meinung ihrer Befürworter zu skizzieren. Erklärterweise geht es um eine neue Innengestaltung unter Wahrung der «Bausubstanz».

Das alles ist schön leicht eingängig, solange es nicht um die Beispiele der Umsetzung geht, aber bei den Verwirklichungen wird es schwieriger. Da hat der Oberste Sowjet in Moskau im Sinne der Perestrojka drei neue Gesetze erlassen. Man hat einerseits nicht das Gefühl, dass die bisherige Inneneinrichtung von ihnen so stark angetastet würde, aber andererseits ist es trotzdem nicht so sicher, dass das Mauerwerk von ihnen unangetastet bleibt.

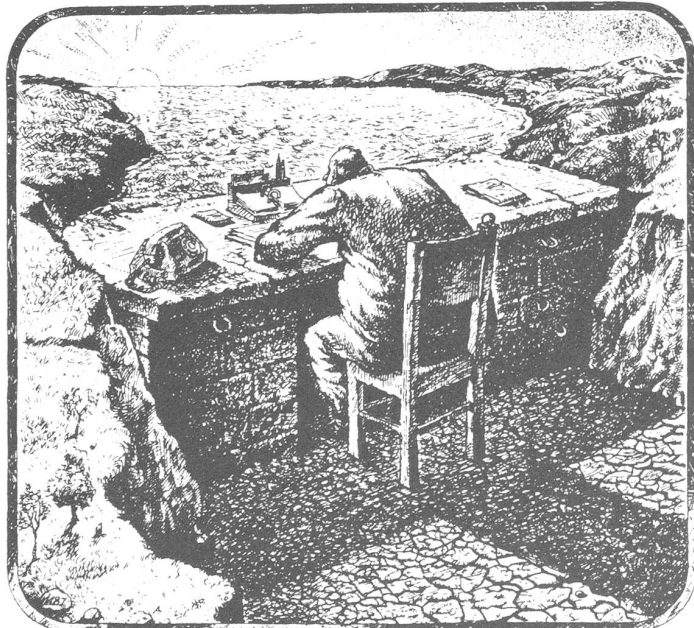
Man hat es mit einem System zu tun, bei dem alles zusammenhängt, abgesehen davon, dass auch noch alles miteinander verfilzt ist. Und was wäre zum Beispiel, wenn man vom Filz eine Mauer reinigen wollte, die nur noch von ihm gehalten wird?

Dann: Das Bild vom Haus suggeriert einen festen Rahmen aussen und einen gestaltbaren Raum innen. Aber man könnte auch das Bild vom Körper wählen: festes Knochengerüst innen und erneuerbare Haut aussen. Es ist eben nicht so, dass man säuberlich unterscheiden könnte zwischen Sektoren, die der Perestrojka zugänglich sind, und Sektoren, die ihr verschlossen bleiben. Schon weil die Strukturen alle ineinandergreifen, ist im vornherein keine von ihnen gegen ein Übergreifen der Perestrojka gesichert – falls diese nur weitergeht. Definitiv ausgezonte Gebiete gibt es da nicht.

 **КРОКОДИЛ**

№ 16 • июнь • 1987

Рисунок И. СМЕРНОВА



Der Staudamm. Der Bürokrat sperrt sich mit seinem Pult gegen die steigende Reformflut («Krokodil», Moskau, Nr. 16/1987). Die Zeichnung stammt vom gleichen I. Smirnow, dem wir in Nr. 5/1987 wegen seiner ominösen (antileninschen?) Karikaturen eine Untersuchung gewidmet hatten.



Als tatsächlicher Vorgang steckt die Perestrojka – wie übrigens etwa Gorbatschow selbst zu betonen nicht müde wird – noch in ihren Anfängen, aber ihr bisheriger Verlauf bestätigt es: das Spektrum ihrer Möglichkeiten erweitert sich laufend. Selbst Änderungen von materiell dürftigem Ausmass kratzen schon bald an der Substanz.

Ein winziges Beispiel. Vor weniger als einem Jahr hatten wir im ZeitBild (Nr. 24/1986) von den sowjetischen Störsendern gegen ausländische Radiostationen geschrieben: «Die Sowjetunion benötigt sie, weil ihr Machtsystem die freie Information so wenig verträgt wie das freie Denken.» Inzwischen hat die Sowjetunion die Störung erst der BBC und dann der Voice of America eingestellt. Noch kann man gegenwartsbezogen sagen, dass (zum Beispiel) bei Radio Liberty die Toleranz aufhört, aber das wäre nur noch eine relative und zeitlich vorüberhältliche Aussage. Was angeknackt ist, das ist das Prinzip. Und weil es schliesslich stimmt, dass die freie Information an sich totalitarismwidrig ist, muss auch ihre partielle Zulas-



«Wohin denn? Zurück!»
(Prawo i Zycie», Warschau, Nr. 26/1987)

Zur Kriegführung beispielsweise sind auch Staaten befähigt, welche es mit der Glasnost unendlich weiter gebracht haben als die Sowjetunion, nämlich bis zur Freiheit für die oppositionelle Presse und für die oppositionellen Parteien. Es ergibt sich, dass ein Echtheitsbefund für die Perestrojka keinen Echtheitsbefund für die Friedfertigkeit darstellt, und dass umgekehrt kein Friedensbeweis (wie Rückzug aus Afghanistan) vonnöten ist, um die Perestrojka als authentisch einzusehen.

Den ordnungspolitischen Zusammenhang der Dinge gibt es natürlich. Eine Demokratie hat, bevor sie tätig wird, systemgegebene Rücksichten zu nehmen, die eine Diktatur nicht zu nehmen braucht. Aber eine Demokratie ist die Sowjetunion noch lange nicht, und es wäre geradezu vermessen, für die Perestrojka schon Prüfsteine hervorzuholen, die Geltung für die Demokratie haben. Man schlachtet das Kalb erst, wenn der verlorene Sohn heimgefunden hat, und nicht schon, wenn er den ersten Schritt in die Richtung tut, auf der er vielleicht einmal nach Hause gelangt.

Das schliesst die Möglichkeit nicht aus, dass sich die Sowjetführung im Zuge der Perestrojka auch über den Afghanistankrieg neue Gedanken macht. Vielleicht überlegt sie, wie der Unterwerfung mit andern Mitteln nachzuhelfen wäre, vielleicht kalkuliert sie, dass der Krieg in Afghanistan zuwenig rentiere und mit grösserem Profit anderswohin zu verlagern sei.



Insgesamt bleibt es dabei, dass das eigentliche Feld der Perestrojka dort ist, wo sie (in welchem Ausmass auch immer) stattfindet, in der Sowjetunion. Und an der dortigen Entwicklung sind denn auch ihre Resultate zu messen, wobei es auch dort vonnöten ist, den tauglichen Massstab zur Hand zu nehmen.



es braucht sie. Und auch hier tut sich etwas, wenn auch eine Nummer kleiner als es die Öffnung zum «blossen Wort» ist.



Sowohl das ZK-Plenum von Ende Juni als auch die nachfolgende Session des Obersten Sowjets haben den Willen der Sowjetführung bestätigt, mit der Perestrojka fortzufahren (oder, wenn man es organisatorisch sieht, mit ihr ernstlich anzufangen). Das ist schon deshalb keine Selbstverständlichkeit, weil man inzwischen wahrgenommen hat, welches systemfremde Ausmass an Äusserungskräften schon durch die schiere Bekundung des Umgestaltungswillens freigesetzt worden ist. Am besten erkannt haben das wahrscheinlich die Perestrojka-Gegner, aber zum Dammbau gegen die neue Strömung hat es ihnen nicht gereicht.

Nicht einverstanden bin ich, wenn man die neuen Erscheinungen der Glasnost mit der Begründung abqualifiziert, das seien keine Taten, sondern bloss Worte. An was für eine Demokratie glauben wir denn, wenn wir ihre Voraussetzung verachten, das Wort und das Gegenwort? Es ist die Wortlosigkeit der Untertanen, welche den Diktatoren ihre Willkür gestattet, und es ist die laufende Tat der Diktatur, die Andersdenkenden stumm zu halten. Da lobe ich mir jedes Nachlassen der diesbezüglichen diktatorischen Tatkraft. Auch wenn es noch lange nicht genügt. Auch wenn die partielle Zulassung einer Voraussetzung zur Demokratie diese selbst noch keineswegs herbeiführt, und schon gar nicht zwangsläufig. Es ist ein bisschen zu billig, die Glasnost als nichtig einzustufen, nur weil sie einer überrissenen Erwartung nicht zu genügen vermag.

Wer (auch) nach Taten im Sinne der Schaffung neuer Strukturen verlangt, hat dennoch recht;

Das ZK-Plenum ist sozusagen zu den Anfängen der Perestrojka zurückgekehrt und hat sich auf die wirtschaftlichen Erfordernisse der Umgestaltung konzentriert, die tatsächlich in der Zwischenzeit viel weniger weit gediehen sind als die «atmosphärischen Begleiterscheinungen» der Perestrojka. Man hat ausdrücklich die Menge an Widerstandskräften registriert, die es insbesondere bei den Parteikadern dagegen gibt, und man hat ausdrücklich den Willen bekundet, sich deswegen nicht davon abhalten zu lassen, weiterzumachen. Jetzt sind es allmählich die Bürokraten alten Stils, die zu einem Sektor der Andersdenkenden werden. Zum Glück haben sie weniger Mut als die Dissidenten, zum Unglück aber mehr Macht. Man wird noch sehen, was sie als einstweilen heimliche Widerstandsfront fertigbringen.

Dann trat im Juli der Oberste Sowjet zusammen und konkretisierte ein paar Perestrojka-Wünsche durch neue Gesetze. Wenn es hierbei



«Wir gehen aufs Land zur Erholung», sagen die Wandermädchen. «Und wir gehen in die Krim (Kurgebiet der besseren Leute) zur Arbeit», sagen die Prostituierten. («Krokodil», Moskau, Nr. 17/1987). Keine sonderlich politische Karikatur, aber immerhin ein Beispiel dafür, dass das frühere Tabu der Prostitution (es hatte sie nur in kapitalistischen Ländern zu geben) heute nicht mehr besteht.

um Demokratisierung ging, so hat das «Parlament» auf jeden Fall nicht bei sich selber angefangen. Es erliess seine drei Gesetze ohne Anfechtung und ohne Gegenstimmen wie eh und je. Gorbatschow hatte vor dem Januarplenium des ZK die an westlichen Ansprüchen gemessen bescheidene Forderung gestellt, dass sich die staatliche Legislativbehörde nicht als schieres Ratifikationsgremium von Parteibeschlüssen verhalten müsse, aber von einer Umgestaltung der Stempelmaschinerie, die der Oberste Sowjet als Alibigebilde ist, war für diesmal wenigstens noch nichts zu merken.

Die Texte hingegen, welche die Deputierten mit ihrem altgestalteten Befehlsvollstreckungsreflex verabschiedeten, sind doch ein Beitrag zur organisierten Perestrojka. Wir werden auf sie noch zurückkommen, aber jetzt schon folgendes:

Das neue Betriebsgesetz betrifft die Stichworte sowohl der Wirtschaftsreform als auch der Belegschaftsdemokratisierung. Unter beiden Aspekten gibt es eine neue Anzahl von Befugnissen «unten», das heisst auf Betriebsebene und auf Personalebene, ohne dass deswegen die Hierarchie der Befugnisse «oben» ersetzt würde. Die Modifikationen sind vorerst probeweise einzuführen. Es gibt den alten Politwitz von der Verkehrsreform, die man dadurch testet, dass man einstweilen die Taxis links fahren lässt, und er hat Chancen, im Zusammenhang mit dem neuen Betriebsgesetz aktualisiert zu werden.

Das zweite Gesetz gibt dem Sowjetbürger die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen gegen willkürliche Verwaltungsentscheide zu appellieren. Das würde in Richtung auf vermehrte Rechtssicherheit gehen, wenn man nur einen Bestand an Rechtssicherheit hätte, der sich vermehren liesse. Der Nachholbedarf an Rechtsstaatlichkeit umfasst deren Totalität, aber ein Schritt in die richtige Richtung ist durchaus etwas. Als Prüfstein in dieser Beziehung wird die Justizreform zu sehen sein, deren Veröffentlichung auf Jahresende vorgesehen ist.

Von eigenartigem Interesse ist das dritte Gesetz, das vorsieht, künftig wichtige politische Themen und Vorhaben einer öffentlichen Diskussion zu unterziehen, also die Bevölkerung (unverbindlich) zu konsultieren. Das komische

dabei ist, dass es die Institution der Volksdiskussion schon längst gibt (siehe ZB, Nr. 9/1987). Nur war sie als vorschriftsgemäss ablaufende Übung tatsächlich «zum vergessen», und genau das hat man denn auch getan.

Was hier ungesagt zum Tragen kommt, das ist die Absage zumindest an der Handhabung der «sozialistischen Demokratie» bisher. Sie hat nichts getaugt, und das implizierte Eingeständnis ist wirklich bemerkenswert.

Bis jetzt gab es in der Sowjetunion bloss die «Diktatur des ganzen Volkes» (offizieller Begriff). Und jetzt soll das Volk im Zeichen der Demokratisierung auch noch das erstmalige Recht erhalten, von Zeit zu Zeit angehört zu werden. Welch ein Fortschritt.

Das ist ein Witz auf das Sowjetsystem. Aber als Witz der Perestrojka-Sache bleibt zu beachten, dass der Fortschritt echt ist. Und wenn man den doppelten Witz auf die gesamte Perestrojka anwendet, hat man den richtigen Masstab.

Christian Brügger

Zusammenhänge

Raketenrückzug nicht rückstossfrei

Nach dem Einlenken der Bundesregierung in der Frage einer doppelten Null-Lösung für den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa spielte die Abrüstungsproblematik beim Wirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industrienationen keine wesentliche Rolle mehr. Einem Null-Abkommen zwischen Amerikanern und Sowjets steht ja nichts mehr im Wege. Und von der politischen Seite her wird die neue militärische Konstellation nach einer Null-Lösung eher verdrängt als geprüft. Ohne Rücksicht auf politische Tagesinteressen legte in Bonn nur die Bundeswehr Anfang Mai eine nüchterne Einschätzung über die sowjetische Militärsache auf den Tisch des Verteidigungsausschusses im Bundestag:

«Der Warschauer Pakt rüstet entgegen den Abrüstungsbeteuerungen des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow weiter unablässig auf.» Nach Erkenntnissen des Verteidigungsministeriums habe sich keine «grundlegende Änderung» bei den Vorstellungen der KPdSU und keine Änderung in der Sicherheitspolitik von Gorbatschow ergeben. Die Zielsetzung der Sowjets sei, Westeuropa von den Vereinigten Staaten abzukoppeln. Mit seinem Vorgehen wolle Moskau die Nato schwächen. Die Sowjetunion strebe zwar ihre Ziele nicht unbedingt mit militärischer Macht an, sei aber bereit, bei «kalkulierbarem Risiko» notfalls ihre Vorhaben auch mit einer militärischen Auseinandersetzung zu erreichen.

Die Offiziere der Bundeswehr haben darüber hinaus dargestellt, dass die Sowjetunion «konsequent» eine Lage anstrebe, in der sie über alle Fähigkeiten militärischer Art verfüge, die ihr zu gegebener Zeit «die Wahrnehmung der

militärischen Optionen ermöglicht». Gorbatschow habe vier Prioritäten im Auge:

1. Der nukleare Krieg bleibe für ihn ein Mittel der Politik.
2. Der «Sieg ist oberstes Gebot».
3. Ein Konflikt werde vom ersten Tag an auf dem Territorium des Gegners ausgetragen.
4. Zu diesem Zweck sind für die sowjetischen Militärs auch «überfallartige Schläge erlaubt».

Die Sowjets seien, so wurde ausgeführt, ohne Unterlass dabei, sich die Möglichkeiten für einen konventionellen «Angriff» zu verschaffen. Sie würden modernste Führungsstrukturen und -mittel einführen. Dadurch werde die Warnzeit des westlichen Bündnisses beeinträchtigt. Ausserdem baue die Sowjetunion «in konsequenter Weise» ihre nuklear-strategischen Kräfte aus, um auch die «hart verbunkerten» Raketenstellungen der USA zerstören zu können.

Die UdSSR verfüge über das grösste vollmechanisierte Heer, erläuterten die Offiziere der Bundeswehr. Moskau habe über 200 Divisionen, dazu kämen 50 Divisionen seiner Satellitenstaaten. Seit 1970 habe die sowjetische Armee bei den Panzern um 40 Prozent, bei den Schützenpanzern um 50 Prozent und bei der Artillerie um 170 Prozent «zugelegt».

Wenn man dazu bedenkt, dass Gorbatschow noch nirgendwo in der Welt, wo die Sowjetunion militärische Konflikte unterstützt, die geringsten Zeichen von Spannungswillen gezeigt hat, so fragt man sich nach dem wahren politischen Ziel der sowjetischen Abrüstungsvorschläge. Denn militärisch wird in Europa durch die Null-Lösung nur die Nato geschwächt.

jp



Komsomol-(Jugendorganisation)-Instruktor: «Ich verlasse den Komsomol nie und bleibe immer jung.» («Krokodil», Moskau, Nr. 17/1987)